

LÄNGER ARBEITEN,
WENIGER GELD?

Anschlag auf Pensionen

Die Regierung will bei den Pensionen den „Sparstift“ ansetzen. Laut EU-Vorgaben sollen Pensionen keinen Teuerungsausgleich mehr erhalten. Und alle sollen länger arbeiten bis zur Pension.

Das die österreichischen Pensionisten nach dem Berufsleben nicht auf Daunen gebettet sind, zeigt der hohe Anteil vor allem der PensionistInnen, die mit Bezügen unter dem Existenzminimum von derzeit 951 Euro oder gar der Ausgleichzulage von 783,99 Euro auskommen müssen. Angesichts dieser Situation hat die EU-Kommission ein Schäufelr nachgelegt und die Regierungen der Mitgliedsländer aufgefordert, das Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen. Laut EU-Vorgabe sollen die Leute ab 2030 bis 70 arbeiten! Eine zynische Forderung angesichts des Anstiegs der Altersarbeitslosigkeit und der Tatsache, dass gerade Ältere aus dem Arbeitsleben gedrängt werden.

Pensionisten als Spielball der Politik

Dass die Pensionisten für die Politiker nur ein Spielball

sind, wird immer kurz vor Jahresschluss demonstriert: In schöner Regelmäßigkeit wird eine gerechte Pensionserhöhung verweigert, gleichgültig ob die Regierung rot-schwarz oder schwarz-blau zusammengesetzt ist.

Dabei fällt nicht nur unter den Tisch, dass Pensionisten ein Anrecht auf einen würdigen Lebensabend haben, es wird auch verschwiegen, dass die Pensionen leichter zu finanzieren wären als noch vor 20 Jahren. Man müsste nur die Unternehmensprofite in die Beitragsberechnung mit einbeziehen und das Geld für die Pensionsversicherung nicht allein bei den Löhnen und Gehältern der Beschäftigten eintreiben.

Wo sind die Zeiten, als der ÖGB dafür gekämpft hat, dass

in Lohn-, Gehalts- und Pensionsverhandlungen neben der Inflation die Steigerung der Produktivität abgegolten wird? Der Verzicht auf diese Möglich-

keit verstärkt die Umverteilung von arm nach reich. Ein Prozess, der – wie die Krise zeigt – Wirtschaft und Gesellschaft in den Ruin treibt.



Die Pensionisten von heute haben mit ihren Einzahlungen die Pensionen der Generation finanziert, die vor ihnen im Ruhestand war.

Protest gegen Pensionsexperten

In letzter Zeit konnte man von sogenannten Pensionsexperten immer öfter lesen, dass die Pensionen den Staatshaushalt zu sehr belasten. Gemeint sind da nicht die Pensionen der Hof- und Ministerialräte oder die Politikerpensionen, sondern die Pensionen der Arbeiter und Angestellten.

Besonders die Hacklerregelung, die bis zum Jahr 2013 verlängert wurde, regt diese „Experten“ gewaltig auf. Durch diese Regelung können Männer mit 45 Versicherungsjahren (Frauen mit 40 Versicherungsjahren) bereits mit 60 Jahren (Frauen mit 55 Jahren) in Pension gehen. Bei diesen Pensionen gibt es keinen Abschlag; außer Lohnsteuer und Krankenkassenbeitrag, denn bei anderen Pensionen (z.B. Invaliditätspensionen) werden bei Männern pro Jahr vor dem 65. Lebensjahr (Frauen 60. Lebensjahr) vier Prozent von der errechneten Pension abgezogen, höchstens 15 Prozent. Die Jungen werden mehr oder weniger direkt aufgefordert, Verträge für eine Privatpension abzuschließen, da man ihnen erklärt, in Zukunft wären die Pensionen nicht mehr finanzierbar.

Laut Aussendungen des Sozialministeriums beträgt der Staatszuschuss für die Pensionen im heurigen Jahr zirka sieben Milliarden Euro. Interessant wäre zu erfahren, wie viele Milliarden davon durch Steuern der Pensionisten bezahlt werden. Bei jedem Einkauf sind im Preis 10 oder 20 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Bei den etwas höheren Pensionen ist die Lohnsteuerbelastung enorm hoch.

In Österreich gibt es über 70.000 Euro-Millionäre, jedes Jahr kommen einige tausend dazu. Und da wird von verschiedenen Politikern und „Experten“ die Meinung vertreten, im kommenden Jahr keine Pensionsanpassung an die gestiegenen Preise vorzunehmen. Wir fordern eine Reichensteuer einzuführen. Es liegt auch an den Pensionisten, ob die Regierung es wagt, die nur unteren Schichten zu belasten und die Reichen zu schonen.

Bei der Landtagswahl am 26. September 2010 muss die Partei der „kleinen Leute“ gestärkt hervorgehen – nur die Stimmen für die KPÖ sind Proteststimmen.

Alfred Froschauer

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen